

Unabhängige |||||
Historikerkommission |||||
zur Geschichte des |||||
Reichsarbeitsministeriums
1933 – 1945 |||||

Bertrand Perz (Universität Wien)

**ZWANGSARBEIT IM
„ANGESCHLOSSENEN“ ÖSTERREICH 1938–1945**

Working Paper Series A | No. 5

eds. Elizabeth Harvey and Kim Christian Priemel

Working Papers of the Independent Commission of Historians
Investigating the History of the Reich Ministry of Labour
(*Reichsarbeitsministerium*) in the National Socialist Period

ISSN 2513-1443

© Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus, 2017

Website: <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/Publikationen>

ISSN 2513-1443

All rights reserved. Any reproduction, publication and reprint in the form of a different publication, whether printed or produced electronically, in whole or in part, is permitted only with the explicit written authorisation of the UHK or the author/s.

This paper can be downloaded without charge from <https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de> or from the Social Science Research Network electronic library. Information on all of the papers published in the UHK Working Paper Series can be found on the UHK's website.

Bekanntlich hat die Republik Österreich nach 1945 aus außenpolitischen Gründen die Auffassung von der Okkupation Österreichs zwischen 1938 und 1945 vertreten, weil das Land durch Androhung von Gewalt und militärischer Besetzung an das Deutsche Reich angeschlossen wurde. Diese Positionierung ging mit der Behauptung einher, das „erste Opfer“ nationalsozialistischer Aggression geworden zu sein. Die Okkupationstheorie – im Unterschied zur Annexionstheorie – wird staatsfiziell nach wie vor aufrechterhalten, wenn auch seit Anfang der 1990er Jahre als Folge der Debatte um die Kriegsvergangenheit des Bundespräsidenten Kurt Waldheim eingeräumt wird, dass die österreichische Gesellschaft nach 1938 – sieht man von den praktizierten Ausschließungsformen der postulierten Volksgemeinschaft ab – in einem hohen Ausmaß am Nationalsozialismus partizipierte und daher Mitverantwortung an Krieg und Verbrechen trägt.¹

Die mit der großen Zustimmung der österreichischen Gesellschaft zum „Anschluss“ einhergehende rechtliche und soziale Gleichstellung der Mehrheit der österreichischen Staatsbürger mit den Deutschen, das Ausmaß an Partizipation am Nationalsozialismus, die von Wien ausgehenden Radikalisierungsimpulse in der Judenpolitik ab 1938 wie das bekanntlich große Engagement von Österreichern in der Verfolgungs- und Besatzungspolitik im Krieg lassen eine einfache Einordnung Österreichs in die Reihe besetzter Länder Europas nicht zu.²

Die zwischen 1938 und 1940 durch die Schaffung von Reichsgauen vorgenommene weitgehende rechtliche und politisch-administrative Eingliederung Österreichs auf allen Ebenen in das Deutsche Reich machte Österreich so zu einer unter vielen Regionen des Deutschen Reiches. Die zentralen Instanzen der Steuerung der Beschäftigungspolitik in Berlin fanden auch in der „Ostmark“ bzw. den Donau- und Alpenreichsgauen, wie das Gebiet ab 1942 offiziell bezeichnet wurde, Anwendung; auf regionaler Ebene waren die gleichen die Zwangsarbeit steuernden Institutionen zu finden wie im sogenannten „Altreich“.

Die Steuerung des Arbeitsmarktes wurde im Zuge der Rechtsangleichung des angeschlossenen Österreichs an das Deutsche Reich noch im Frühjahr 1938 weitgehend an die deutsche Arbeits-einsatzverwaltung angepasst. In Wien wurde eine Zweigstelle Österreich der „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ etabliert, die bis zum Sommer 1940 für alle Landesarbeitsämter und Arbeitsämter zuständig war, bevor diese Agenden von der Hauptstelle in Berlin übernommen wurden. Eingeführt wurde etwa das bisher in Österreich nicht bekannte

¹ Als Beispiele für Partizipation vgl. Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien/Zürich 1993; Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42 München 1995; Thomas Geldmacher, „Wir als Wiener waren ja bei der Bevölkerung beliebt“. Österreichische Schutzpolizisten und die Judenvernichtung in Ostgalizien 1941–1944, Wien 2002; Bertrand Perz, *The Austrian Connection. SS and Police Leader Odilo Globocnik and His Staff in the Lublin District*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 29 (2015) H. 3, S. 400-430.

² Zur Frage der Debatte um die Involvierung der österreichischen Gesellschaft in NS-Verbrechen siehe Bertrand Perz, *Die österreichische Beteiligung an NS-Verbrechen. Anmerkungen zur Debatte*, in: Helmut Kramer, Karin Liebhart, Friedrich Stadler (Hg.), *Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler*, Wien/Berlin 2006, S. 223-234.

Arbeitsbuch; von zentraler Bedeutung für die Steuerung des Arbeitseinsatzes sollte auch die 1938 eingeführte Dienstpflicht werden. In der Folge gab es auf österreichischem Gebiet vier Landesarbeitsämter (Wien, Graz, Linz, Innsbruck), bevor Mitte 1943 jeder der sieben Reichsgaue sein eigenes Gauarbeitsamt erhielt.³ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die wesentlichen Entwicklungen der Beschäftigungspolitik von zivilen ausländischen Arbeitskräften, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen zwischen 1938 und 1945 parallel zur gesamtdeutschen Entwicklung verliefen.

Dennoch scheint eine Beschäftigung mit dem Thema Zwangsarbeit aus einer spezifischen österreichischen Perspektive sowohl wegen der Nachwirkungen auf die Zweite Republik von Interesse als auch auf Grund einiger Spezifika, die sich etwa aus dem Zeitpunkt der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich ergaben. Dazu zählt auch die spezifische geographische Lage Österreichs mit seiner Nähe zu Südosteuropa wie auch der Umstand, dass die Ferne des Landes von Großbritannien dazu führte, dass das Territorium bis August 1943 von alliierten Luftangriffen verschont blieb, was wiederum eine spezifische Industrieansiedlung bzw. -verlagerung aus luftkriegsgefährdeten Gebieten zur Folge hatte.

Dimension der Zwangsarbeit und die Frage der Terminologie

Zwischen 1938 und 1945 waren nach den Schätzungen, die im Rahmen der Österreichischen Historikerkommission vorgenommen wurden, in Summe etwa eine Million ausländischer Arbeitskräfte auf österreichischem Gebiet eingesetzt, die in überwiegender Zahl und vor allem in der zweiten Kriegshälfte unter Zwang arbeiteten, der je nach Gruppe aber auch innerhalb der Gruppen stark differierte. Dazu kommen kleinere Gruppen österreichischer Juden und Roma beiderlei Geschlechts wie auch Justizhäftlinge.⁴

Die ausländischen Arbeitskräfte lassen sich vier Gruppen zuteilen.

- Von den insgesamt 300.000 zwischen 1940 und 1944 auf österreichischem Gebiet verbrachten männlichen Kriegsgefangenen, darunter auch die als Militärinternierte bezeichneten Italiener, waren ca. 250.000 als Zwangsarbeiter eingesetzt.
- Von den zivilen ausländischen Arbeitskräften war der überwiegende Teil in der zweiten Kriegshälfte zwangsweise rekrutiert worden. Im September 1944 befanden sich ca. 580.000 zivile ausländische Arbeitskräfte auf dem Gebiet Österreichs, davon ca. 30 Prozent Frauen.

³ Zur gesamten rechtlichen und organisatorischen Umgestaltung siehe Mathias Krempf, Johannes Thaler, Arbeitsmarktverwaltung in Österreich 1917–1957. Bürokratie und Praxis, Wien 2015, S. 93-165.

⁴ Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945. Mit Beiträgen von Florian Freund, Bertrand Perz und Mark Spoerer. (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 26/1), Wien u.a. 2004.

- Ca. 190.000 KZ-Häftlinge, darunter auch einige tausend Frauen, gelangten zwischen 1938 und 1945 in das KZ Mauthausen oder auch in Außenlager des KZ Dachau in Westösterreich. Mehr als 150.000 Häftlinge waren Ausländer, fast ausnahmslos mussten Häftlinge Zwangsarbeit verrichten.
- Zwischen 55.000 und 65.000 ungarische Juden, davon ca. ein Drittel Frauen, wurden 1944 direkt zur Zwangsarbeit in die Reichsgaue Wien, Niederdonau und Steiermark deportiert.

Wie im gesamten Deutschen Reich waren die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte in höchst unterschiedlicher Weise von den NS-Behörden Zwangsverhältnissen unterworfen, die Lebensumstände differierten daher extrem. Grundsätzlich orientiert sich der hier benutzte Begriff der Zwangsarbeit an der von Ulrich Herbert in den 1980er Jahren vorgeschlagenen Definition, die den außerökonomischen Zwang betont und von Formen der Dienstpflicht abgrenzt.⁵ Für die Differenzierung der Arbeitsverhältnisse und Lebensumstände scheint die von Mark Spoerer und Jochen Fleischhacker vorgeschlagene und von Marc Buggeln adaptierte Begriffsbildung sinnvoll.⁶ Ela Hornung, Ernst Langthaler und Sabine Schweitzer haben am österreichischen Beispiel der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft darauf hingewiesen, dass außerökonomischer Zwang zwar „eine notwendige, aber keine ausschließliche Bedingung“ für NS-Zwangsarbeit darstellt, und weisen in Anlehnung an Peter Imbusch darauf hin, dass es neben der Form des repressiven Zwangs auch Formen des kompensatorischen Zwangs (Belohnung von Wohlverhalten bei Unterordnung) und des konditionierten Zwangs (Unterwerfung wird als scheinbar selbst gewählt internalisiert) gibt.⁷

Im Folgenden soll weniger auf die schon vielfach publizierte allgemeine Entwicklung der Zwangsarbeit auf österreichischem Gebiet eingegangen werden, vielmehr die Betonung auf einige Spezifika gelegt werden.⁸

⁵ Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1960. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Berlin/Bonn 1986, S. 82; Ders., *Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“ – ein Überblick*, in: Klaus Barwit, Günter Saathoff, Nicole Weyde (Hg.), *Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Rechtliche, historische und politische Aspekte*, Baden-Baden 1998, S. 17.

⁶ Siehe dazu Marc Buggeln, *Die Zwangsarbeit im Deutschen Reich 1939–1945 und die Entschädigung vormaliger Zwangsarbeiter nach dem Kriegsende: Eine weitgehend statistische Übersicht*, Working Paper No. 4 of the Independent Commission of Historians Investigating the History of the Reich Ministry of Labour (Reichsarbeitsministerium) in the National Socialist Period, eds. Elizabeth Harvey and Kim Priemel, Berlin 2017, https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%20A4_Buggeln_1.pdf, S. 9.

⁷ Ela Hornung, Ernst Langthaler, Sabine Schweitzer, *Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland* (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 26/3), Wien 2004, S. 23-28.

⁸ Verviesen sei hier auf die gemeinsam vom Autor mit Florian Freund publizierten Überblicke: *Zwangsarbeit von Zivilen AusländerInnen, Kriegsgefangenen, KZ Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich*, in: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*, Wien 2000, S. 644-695; *Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der Ostmark*, in: Ulrich Herbert (Hg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 317-350; *Zwangsarbeit in Österreich unter NS-Herrschaft*, in: Dieter Stiefel (Hg.), *Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“*, Wien 2001, S. 181-202; zuletzt: *Zwangsarbeit in Österreich zwischen 1938 und 1945*, in: Stefan Hördler, Volkhard Knigge, Rikola Lüttgenau, Jens-Christian Wagner (Hg. im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora),

Zwischen „Anschluss“ 1938 und Beginn des Kriegs: Beschäftigungspolitik im Zeichen der wirtschaftlichen Angleichung an das Deutsche Reich

Die wirtschaftliche Situation Österreichs in der Zwischenkriegszeit, nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie, war durch einen gravierenden Wachstumseinbruch gekennzeichnet. Österreich nahm im Gegensatz zu den westlichen Industriestaaten (und besonders zum Deutschen Reich) an der Erholung der nationalen Wirtschaften in den 1930er Jahren kaum teil. Erst nach 1936 zeigten sich Anzeichen einer leichten Erholung. Die Arbeitslosigkeit, die in Folge der Weltwirtschaftskrise bis 1933 auf über eine halbe Million Menschen und damit ein Viertel aller Arbeitnehmer gestiegen war, ging folglich bis zum „Anschluss“ 1938 nur langsam zurück.

Dennoch oder gerade deshalb war Österreich nicht nur aus ideologischen wie geopolitischen Gründen für das Deutsche Reich von Interesse. Die deutsche Wirtschaft sah in Österreich günstige Bedingungen, die sie im Deutschen Reich auf Grund der Hochkonjunktur nicht mehr vorfand: neben brachliegenden, wenn auch modernisierungsbedürftigen Industriekapazitäten, reichen Bodenschätzen, ungenützten Reserven an Wasserkraft und großen Gold- und Devisenreserven war vor allem auch das große Potential an Arbeitskräften von Interesse.

Der mit dem „Anschluss“ Österreichs einsetzende wirtschaftliche Aufholprozess gegenüber dem „Altreich“ mit seiner auf Hochtouren laufenden Rüstungskonjunktur, der die rasche Integration des österreichischen Industrie- und Rohstoffpotentials in die deutsche Wirtschaft zum Ziel hatte, konnte den steigenden Bedarf an Arbeitskräften noch weitgehend aus dem großen Reservoir an Arbeitslosen decken. Die massiven Modernisierungsinvestitionen, vor allem der Aufbau von neuen Rüstungsbetrieben und der Ausbau der Grundstoffindustrie, führten dazu, dass die Arbeitslosigkeit binnen eines Jahres weitgehend beseitigt war, ein Umstand, den die Nationalsozialisten entsprechend propagandistisch als ihren sozialpolitischen Erfolg reklamieren konnten. Saisonale Ausländerbeschäftigung spielte zu dieser Zeit keine große Rolle, Anwerbungen fanden im benachbarten Ausland, etwa der Slowakei, statt.⁹

Im Frühjahr 1939 machten sich bereits in einigen Wirtschaftssparten, vor allem in der Land- und Bauwirtschaft, erste Anzeichen eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar. Ein Hintergrund dafür war die noch 1938 einsetzende Verpflichtung von österreichischen Facharbeitern ins „Altreich“, die nun der auf Touren kommenden Wirtschaft der „Ostmark“ fehlten.¹⁰

Erste Maßnahmen zur zwangsweisen Heranziehung von Arbeitskräften trafen spezifische inländische Gruppen, sie waren eher politisch als ökonomisch motiviert und können als durch österrei-

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung, Göttingen 2016, S. 194-203.

⁹ Vgl. zur wirtschaftlichen Angleichung Norbert Schausberger, *Rüstung in Österreich 1938–1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung*, Wien 1970, S. 30-48; Fritz Weber, *Zwischen abhängiger Modernisierung und Zerstörung. Österreichs Wirtschaft 1938–1945*, in: Tólos/Hanisch/Neugebauer/Sieder (Anm. 8), S. 326-347.

¹⁰ Krempel/Thaler, (Anm. 3), S. 139-142.

chische Nationalsozialisten forcierte Radikalisierungsschritte interpretiert werden. So war die jüdische Bevölkerung Wiens und des Burgenlandes schon unmittelbar nach dem „Anschluss“ wochenlang von „wilden“ Arbeitszwangsmaßnahmen betroffen,¹¹ die nach dem Novemberpogrom 1938 intensiviert und systematisiert wurden und als Vorbild für die reichsweite Einführung des „Geschlossenen Arbeitseinsatzes“ für sozialunterstützte Juden dienten.¹² Insgesamt dürfte die Zahl der zwangsweise eingesetzten österreichischen Juden zwischen 1938 und 1945 20.000 betragen haben.¹³

Auf lokale Initiative hin mussten noch 1938 burgenländische Roma und Sinti Zwangsarbeit beim Straßenbau leisten,¹⁴ die Radikalisierung dieser Maßnahmen führten in der Folge zur Einrichtung von „Zigeunerlagern“, die wiederum später als Ausgangspunkt für Deportationen dienen sollten.¹⁵

Vom ersten Tag an Zwangsarbeit leisten mussten auch die Häftlinge des im August 1938 eingerichteten Konzentrationslagers Mauthausen, zunächst vor allem beim Aufbau des Lagers, ab 1939 auch im Steinbruch. Aus anderen Lagern überstellt oder neu eingewiesen wurden bis Kriegsbeginn vor allem als „asozial“ oder „kriminell“ kategorisierte deutsche und österreichische Männer.¹⁶

Kriegsgefangene und zivile ausländische Arbeitskräfte in der ersten Kriegshälfte

Mit Kriegsbeginn wurden die wegen der Einziehungen zur Wehrmacht auch sonst im Deutschen Reich üblichen arbeitsorganisatorischen Maßnahmen vorgenommen wie Rationalisierungen, Ausweitung der Arbeitszeit und Stilllegung von nicht kriegswichtigen Betrieben sowie die verstärkte Beschäftigung von angelehrten und umgeschulten Frauen. Krempl und Thaler weisen hier darauf hin, dass die für das Deutsche Reich konstatierte begrenzte Möglichkeit, bei einem bereits vorhandenen hohen weiblichen Beschäftigungsgrad auf zusätzliche inländische Frauen zurückzugreifen, für

¹¹ Wolf Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung . Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45*, Innsbruck/Wien/München 2000, S. 25ff., 74ff.

¹² Die Zwangsarbeit erfolgte nun vor allem bei Bauarbeiten, etwa auch beim Bau eines der wichtigsten Speicherkraftwerke in den Alpen in Kaprun. Dazu Margit Reiter, *Das Tauernkraftwerk Kaprun*, in: Oliver Rathkolb, Florian Freund (Hg.), *NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“ 1938–45*, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 127-198.

¹³ Krempl/Thaler (Anm. 3), S. 153. Darin nicht berücksichtigt sind die nach Osten in Ghettos in Polen deportierten österreichischen Jüdinnen und Juden (wie etwa die 5000 im Herbst 1941 ins Ghetto Litzmannstadt deportierten Personen), die auch dort zum Teil Zwangsarbeit verrichten mussten.

¹⁴ Florian Freund, Gerhard Baumgartner, Harald Greifeneder, *Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti* (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 23/2), Wien/München 2004, S. 97ff.; Florian Freund, *Oberösterreich und die Zigeuner. Politik gegen eine Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert*, Linz 2010; Krempl/Thaler (Anm. 3), S. 159-160.

¹⁵ Ebd., S. 153; Florian Freund, *Das „Zigeunerlager“ im Getto Litzmannstadt*, in: Angelika Brechelmacher, Bertrand Perz, Regina Wonisch (Hg.), *Berichte aus dem Getto Litzmannstadt. Ein Gedenkbuch*, Wien 2015, S. 71-111.

¹⁶ Hans Maršálek, *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Eine Dokumentation*, Wien 2006, S. 137-138.

Österreich wegen der zuvor vorhandenen hohen Arbeitslosigkeit einer differenzierten Betrachtung bedürfe.¹⁷ Hier gab es im Unterschied zum „Altreich“ zwar noch ein ungenutztes Potential weiblicher Arbeitskräfte, der Bedarf an Arbeitskräften war aber zugleich durch die intendierte rasche Angleichung der österreichischen Wirtschaft besonders hoch.

Die arbeitsorganisatorischen Anpassungen konnten die durch die Einberufungen zur Wehrmacht hervorgerufenen Probleme zwar etwas entschärfen, aber nicht lösen, auch wenn auf die spezifische Entwicklung in Österreich in der Arbeitskräftesteuerung Rücksicht genommen wurde. So ist an der Entwicklung der Beschäftigung der „Ostmark“ nach Kriegsbeginn auffällig, dass zwar die Zahl der Gesamtbeschäftigten durch Einberufungen zur Wehrmacht in ähnlicher Größenordnung wie im gesamten Reichsgebiet sank, die Zahl der Industriebeschäftigten sich aber in einem wesentlich geringeren Umfang reduzierte.¹⁸ Der gerade erst angelaufene Ausbau der Industrie in der „Ostmark“ sollte nicht gebremst werden. Ein deutliches Indiz dafür ist die unterschiedliche Beschäftigtenentwicklung in der Bauwirtschaft, die im Deutschen Reich 1940 fast um ein Viertel sank, in der „Ostmark“ dagegen leicht anstieg.¹⁹

Die Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte ab 1940 verlief in der „Ostmark“ grundsätzlich gleich wie im gesamten Deutschen Reich. Die ersten zwangsweise eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte waren polnische, gefolgt von französischen und belgischen Kriegsgefangenen, die vor allem in der Bau- und Landwirtschaft Verwendung fanden.²⁰ Nach der Besetzung Jugoslawiens kamen Kriegsgefangene aus Serbien dazu, Polen waren zu diesem Zeitpunkt in erheblichem Ausmaß in den Zivilarbeiterstatus überführt worden.²¹

Ab Mitte 1940 ist ein deutlicher Trend zur Heranziehung ausländischer, in der Regel noch freiwillig angeworbener Arbeitskräfte auch in der Industrie und besonders in der Rüstungsindustrie festzustellen. Was die Herkunft der Arbeitskräfte betrifft, zeigen sich aber sehr deutliche Unterschiede zum „Altreich“, wie entsprechende Stichtagserhebungen aus 1941 deutlich machen. Während im Deutschen Reich knapp 58 Prozent aus Polen stammten, betrug deren Anteil in der „Ostmark“ nur etwa 32 Prozent. Umgekehrt verhielt es sich bei den Arbeitskräften südosteuropäischer Herkunft. Zum Zeitpunkt des Überfalls auf Jugoslawien im Frühjahr 1941 stammten mehr als 42 Prozent aller zivilen männlichen wie weiblichen Ausländer in der „Ostmark“ aus Südosteuropa, ihr Anteil im Deutschen Reich war nur 9,5 Prozent. Die südosteuropäischen Arbeitskräfte waren zunächst in der

¹⁷ Krempl/Thaler (Anm. 3), S. 142-144.

¹⁸ Vgl. Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978, S. 79.

¹⁹ Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 1955, S.139ff.

²⁰ Zur Entwicklung der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft siehe Hornung/Langthaler/Schweitzer (Anm. 7), bzw. Stefan Karner, Peter Ruggenthaler, Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 26/2), Wien 2004.

²¹ Freund/Perz, Zwangsarbeit von Zivilen AusländerInnen (Anm. 8), S. 651f.; Hubert Speckner, Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark“ 1939–1945. Zur Geschichte der Mannschaftsstelllager und Offizierslager in den Wehrkreisen XVII und XVIII, Diss. Universität Wien 1999, S. 45f.

Regel freiwillig Angeworbene, zum Teil im Rahmen zwischenstaatlicher Abkommen, die sie zu einer bestimmten Verweildauer (zunächst ein Jahr) verpflichteten. Auf deutschen Druck hin wurde der zeitliche Rahmen sukzessive ausgeweitet. Serbische Arbeitskräfte wurden vielfach von vornherein zwangsrekrutiert.²²

Für den hohen Anteil südosteuropäischer Arbeitskräfte gab es vielfältige Ursachen: Ein wichtiger Umstand waren die traditionellen Bindungen aus der Monarchie; in Österreich lebten nach wie vor nationale Minderheiten aus den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Kriterien wie kulturelle Vertrautheit, z. B. Essgewohnheiten, und die Nähe zur Heimat waren Motive für die Arbeitsplatzwahl, so eine solche möglich war. Auch die in Österreich ansässigen Unternehmen dürften Arbeitskräfte aus diesen Ländern bevorzugt eingestellt haben, da auch sie im Umgang mit diesen vertraut waren.²³ Auch ergaben von den NS-Behörden angestellte Untersuchungen über die Arbeitsleistung südosteuropäischer Arbeitskräfte generell sehr positive Ergebnisse, die aus politischen Gründen aber verschwiegen wurden.²⁴

Die NS-Sicherheitsbehörden sahen in der Dominanz der Südosteuropäer erhebliche Gefahren, vor allem für den Reichsgau Wien fürchtete man eine Erschwerung der Germanisierungsbestrebungen gegenüber der großen, seit der Monarchie hier ansässigen tschechischen Minderheit. Diese Bedenken spielten in den Folgejahren aber nur mehr eine untergeordnete Rolle, da ihr prozentueller Anteil durch die wachsende Rekrutierung polnischer, sowjetischer und französischer Arbeitskräfte stark zurückging. Für die südosteuropäischen Arbeitskräfte blieb aber auch nach 1941 die „Ostmark“ der hauptsächliche Einsatzort im Reichsgebiet.²⁵ Übrigens zeigen sich hier Kontinuitäten der Arbeitsmigration aus Jugoslawien bis weit in die 1970er Jahre hinein.

Forcierter Industrieausbau durch Zwangsarbeit 1942 bis 1944

Für die Beschäftigtenentwicklung ab 1942 kann zunächst konstatiert werden, dass auch diese weitgehend gleich verlief wie im gesamten Deutschen Reich und von zunehmendem Zwang und einer starken Expansion zwangsrekrutierter Arbeitskräfte geprägt war. Die Zahl der zivilen ausländischen Arbeitskräfte auf dem Gebiet des heutigen Österreich stieg von April 1941 bis September 1944 von 128.000 auf 580.000 an. Besonders stark stieg der Anteil der sowjetischen Arbeitskräfte mit einem hohen Frauenanteil, gekennzeichnet als „Ostarbeiter“, von null auf über 30

²² Holm Sundhaussen, *Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941–1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie*, Stuttgart 1983, S. 181-185; generell zum Thema vgl. auch Anna Maria Grünfelder, *Arbeitseinsatz für die Neuordnung Europas. Zivil- und ZwangsarbeiterInnen aus Jugoslawien in der „Ostmark“ 1938/41–1945*, Wien/Köln/Weimar 2010.

²³ Freund/Perz, *Fremdarbeiter* (Anm. 8), S. 319f.

²⁴ Dr. Hans F. Zeck, *Erfahrungen mit dem Einsatz südosteuropäischer Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Landesarbeitsamtsbezirk Wien-Niederdonau*, Wien 1943, BArch Berlin R 63/269.

²⁵ Freund/Perz, *Zwangsarbeit von Zivilen AusländerInnen* (Anm. 8), S. 654.

Prozent.²⁶ Die Entwicklung der Geschlechterproportionen unterschied sich kaum vom Deutschen Reich gesamt, 1944 lag der Anteil der weiblichen ausländischen Zivilarbeiter mit ca. 30 Prozent in der „Ostmark“ knapp unter einem Drittel.

Wie auch bei den 1938 von österreichischen Nationalsozialisten induzierten Radikalisierungsschritten in den Maßnahmen gegen Juden, Sinti und Roma kamen auch in der Frage des Umgangs mit „Ostarbeiterinnen“ entsprechende Impulse von österreichischen Nationalsozialisten, konkret vom Gauleiter des Reichsgaus Oberdonau August Eigruber im Falle von Schwangerschaften.²⁷

Neben der Zahl der zivilen ausländischen Arbeitskräfte stieg auch die der Kriegsgefangenen weiter an, die Zahlenentwicklung verlief auch hier parallel zum gesamten Deutschen Reich. Die in Kriegsgefangenenlagern der Wehrkreise XVII und XVIII festgehaltene Zahl an Personen betrug im Juni 1944 über 208.000, davon waren 169.000 im Arbeitseinsatz gemeldet. Die differenzierte Behandlung der Kriegsgefangenen unterschied sich in nichts von der sonst im Deutschen Reich geübten Praxis mit der eklatanten Schlechterstellung sowjetischer Kriegsgefangener. So entfielen von ca. 23.000 Todesfällen unter allen Kriegsgefangenen (ohne Kriegsgefangene im KZ Mauthausen) zwischen 1939 und 1945 22.000 Todesfälle auf sowjetische Kriegsgefangene.²⁸

Auch in der zweiten Kriegshälfte war die sektorale Verteilung der Arbeitskräfte stark von der spezifischen – nachholenden – industriellen Entwicklung auf österreichischem Gebiet bestimmt. In der Aufbauphase der neuen Großbetriebe der Grundstoff- und Rüstungsindustrie blieb die Produktion bis Mitte 1941 auf relativ niedrigem Niveau. Die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Erfordernisse eines lang andauernden Abnutzungskrieges ab Anfang 1942 fiel hier nun mit der vollen Produktionsaufnahme der neu errichteten Rüstungsindustriebetriebe zusammen. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch durch die zunehmende Verlegung west- und norddeutscher Rüstungsbetriebe in das noch als „luftsicher“ geltende österreichische Gebiet. Volle Produktionsaufnahme der Rüstungsindustrie, Umstrukturierung und Verlegung von Betrieben führten, im Unterschied zum Deutschen Reich, trotz verstärkter Einziehungen zur Wehrmacht zwischen 1942 und 1944 zu einem steilen Anstieg der Beschäftigtenzahlen in der gesamten und im Besonderen in der Rüstungsindustrie.²⁹

²⁶ Florian Freund, Bertrand Perz, Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945, in: Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945 (Anm. 4), S. 34f.

²⁷ Gabriella Hauch, Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder. Zum Geschlecht der Zwangsarbeit, in: Oliver Rathkolb (Hg.), NS-Zwangsarbeit. Der Standort Linz der „Reichswerke Hermann Göring AG Berlin“ 1938–1945, Bd. 1: Zwangsarbeit – Sklavenarbeit. Politik-, sozial- und wirtschaftshistorische Studien, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 355-448.

²⁸ Speckner (Anm. 21), S. 233ff.

²⁹ Zwar sank der Anteil der inländischen Männer in der Industrie, wie schon zwischen 1939 und 1941, kontinuierlich ab, von ca. 59 Prozent 1942 auf ca. 39 Prozent 1944, jedoch nicht im Ausmaß der Einziehungen zur Wehrmacht. Umschichtungen von der Landwirtschaft zur Industrie dürften das Absinken der Zahl der inländischen

Während im Deutschen Reich nach 1942 die Zahl der Industriebeschäftigten in etwa gleich blieb, stieg sie in den „Alpen- und Donaureichsgauen“³⁰ stark an (von über 530.000 auf über 730.000). Obwohl sich der prozentuelle Anteil der zivilen Ausländer an den Industriebeschäftigten weitgehend parallel entwickelte (ausgenommen 1944), machte im Deutschen Reich die Ausländerbeschäftigung nur den Ausfall an inländischen Männern wett, deren Zahl im Deutschen Reich wesentlich stärker abnahm als in der „Ostmark“. Für die enorme Steigerung der Zahl der Industriebeschäftigten in der „Ostmark“ war neben einer nicht unwesentlichen Zunahme der weiblichen inländischen Beschäftigten vor allem der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte verantwortlich. Noch viel stärker als in der gesamten Industrie zeigt sich die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften bei der Ausweitung der Rüstungsproduktion, vor allem im Bereich von Fachkräften.³¹ Denn die großteils neu aufgebauten Betriebe hatten im Unterschied zu den schon länger bestehenden deutschen Rüstungsfirmen kaum die Möglichkeit, unter Kriegsbedingungen eine inländische Stammebelegschaft aus Facharbeitskräften zu bilden.

Früher Einsatz von KZ-Häftlingen in der staatsnahen Industrie

Die als Funktionswandel der Konzentrationslager beschriebene Fokussierung auf Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in der Kriegswirtschaft ab der Mitte des Krieges setzte im Bereich des KZ Mauthausen auffällig früh ein. Bereits Anfang 1942 wurden Häftlinge des KZ Mauthausen erstmals direkt in der Rüstungsproduktion eingesetzt und nicht nur auf Baustellen. Es waren die staatsnahen Unternehmungen, allen voran die Reichswerke „Hermann Göring“ bzw. deren Tochterunternehmen Steyr-Daimler-Puch AG, die frühzeitig auf KZ-Zwangsarbeit setzten.³²

Die auffällige Dominanz und Vorreiterrolle der „Staatsfirmen“ spiegelt die Struktur der Rüstungsindustrie auf österreichischem Gebiet wider, wo die Staatskonzerne nach dem „Anschluss“ bei der Eingliederung der österreichischen Industrie besonders präsent waren. Diese Eigentümerstruk-

männlichen Beschäftigten gebremst haben. Die Zahl der inländischen Frauen in der Industrie stieg von ca. 150.000 (1942) auf 185.000 (1944), ihr Anteil an den Industriebeschäftigten blieb mit ca. 25 Prozent nahezu gleich. Insgesamt sank die Zahl der inländischen Beschäftigten deshalb nur geringfügig. Dagegen stieg der Anteil der AusländerInnen (inkl. der Kriegsgefangenen) von ca. zehn Prozent 1942 auf fast 36 Prozent 1944, in absoluten Zahlen von fast 86.000 auf 260.000; Butschek, *Die österreichische Wirtschaft*, S. 91.

³⁰ So die 1942 erfolgte offizielle Neubezeichnung, die den Begriff „Ostmark“ wegen der zu starken Bezugnahme auf die frühere Eigenstaatlichkeit ablösen sollte, die sich umgangssprachlich aber nicht durchsetzte.

³¹ Butschek (Anm. 18), S. 91.

³² Bertrand Perz, *Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk*, Wien 1991, S. 81ff.; Ders., *Politisches Management im Wirtschaftskonzern. Georg Meindl und die Rolle des Staatskonzerns Steyr-Daimler-Puch bei der Verwirklichung der NS-Wirtschaftsziele in Österreich*, in: Hermann Kaienburg (Hg.), *Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945*, Opladen 1996, S. 95-112; Ders., *KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter der Reichswerke „Hermann-Göring“ in Linz*, in: Rathkolb (Anm. 27), S. 449-590, bzw. Bertrand Perz, *Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen der Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Deutschland und Polen. Vergleichende Perspektiven*, in: Gabriella Hauch unter Mitarbeit von Peter Gutschner, Birgit Kirchmayr (Hg.), *Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz – VW – Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter*, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, S. 85-99.

tur verstärkte sich bis Mitte des Krieges noch erheblich, da ein Großteil der neu aufgebauten Grundstoff- und Rüstungsindustrie durch staatliche Investitionen erfolgte. Ab Mitte des Krieges waren es überwiegend Betriebe der rasch expandierenden und zum Teil in das als „luftsicher“ geltende Österreich verlagerten Flugzeug- (und Raketen)industrie, die Häftlinge für Bau und Produktion einsetzten (Ernst Heinkel Flugzeugwerke, Flugmotorenwerke Ostmark, die Henschel-Tochter Rax-Werk). Wie auch sonst im Deutschen Reich, dominierte ab Ende 1943 der Einsatz von KZ-Häftlingen im Baugewerbe zur Errichtung großer unterirdischer Stollenanlagen für den Schutz der Rüstungsindustrie unter der Ägide des SS-Sonderstabes Kammler.

Ende 1944 befanden sich in den Bau- und Industrieaußenlagern von Mauthausen insgesamt über 60.000 Häftlinge, darunter auch einige hundert weibliche Häftlinge, was ca. einem Viertel der zur selben Zeit in der Industrie beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte entsprach.³³ Auch wenn die KZ-Häftlinge generell der von Buggeln entwickelten Kategorie „Skavenarbeit mit hoher Sterblichkeit“ zuzuordnen sind, differierten die Lebensbedingungen doch nach Art des Arbeitseinsatzes erheblich, wobei vor allem die Lager bei den Untertagebauten für den Schutz der Rüstungsindustrie hohe jährliche Todesraten von über 30 Prozent aufwiesen.

Zwangsarbeit ungarischer Juden

Auf Basis einer Entscheidung Hitlers vom April 1944 wurden in Auschwitz aus den aus Ungarn eintreffenden Deportationszügen als arbeitsfähig angesehene ungarische Juden selektiert und zur Zwangsarbeit ins Innere des Reiches deportiert. Diese Maßnahme sollte die Großbauvorhaben der Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie mit Arbeitskräften versorgen. So gelangten im Mai und Juni 1944 über 7500 ungarische Juden in das KZ Mauthausen, von wo sie vorwiegend zu den Lagern bei den Stollenbauvorhaben des SS-Sonderstabes Kammler (wie Ebensee, St. Georgen an der Gusen und Melk) überstellt wurden.³⁴

Ein Spezifikum der Zwangsarbeitspolitik für den ostösterreichischen Raum stellte dagegen der Arbeitseinsatz jüdischer Kräfte ab Mitte 1944 dar, die direkt aus Ungarn überstellt wurden.³⁵ Mindestens 15.000 ungarische Juden, darunter über 40 Prozent Frauen, wurden in Zusammen-

³³ Freund, Perz, Fremdarbeiter (Anm. 8), S. 329ff.

³⁴ Florian Freund, Arbeitslager Zement. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung, Wien 1989, S. 151; Perz, Projekt Quarz (Anm. 32), S. 248; generell dazu: Szabolcs Szita, Ungarn in Mauthausen. Ungarische Häftlinge in SS-Lagern auf dem Territorium Österreichs (= Mauthausen-Studien. Schriftenreihe der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Bd. 4), Wien 2006, S. 109-187; Christian Gerlach, Götz Aly, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, Stuttgart/München 2002, S. 375-394.

³⁵ Siehe dazu Szabolcs Szita, Verschleppt, verhungert, vernichtet. Die Deportation von ungarischen Juden auf das Gebiet des annektierten Österreich 1944-1945, Wien 1999, S. 49; Alexandra-Eileen Wenck, Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“: das Konzentrationslager Bergen-Belsen, Paderborn/Wien 2000, S. 335f.; Gerlach/Aly (Anm. 34), S. 313-325; Eleonore Lappin-Eppel, Sonderlager für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 9, München 2009, S. 218-247.

hang mit Verhandlungen zwischen Rezső Kasztner und der SS nach Österreich als „Austauschjuden“ im Juni 1944 direkt von Ungarn aus in ein Lager nach Straßhof nordöstlich von Wien deportiert.³⁶ Sie wurden in der Folge in den Reichsgauen Wien und Niederdonau zur Zwangsarbeit hunderten verschiedenen Arbeitgebern zugeteilt, darunter Industriebetrieben, Baufirmen, Handwerkern, Gutshöfen, aber auch Behörden, Wehrmachtseinrichtungen und städtischen Wirtschaftsbetrieben. Das von Adolf Eichmann geleitete Sondereinsatzkommando (SEK) des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn übergab zwar die Deportierten an die Gauleitung von Groß-Wien und Niederdonau, die über ihre Arbeitsämter die jüdischen Arbeitskräfte zuteilten. Das SEK behielt sich aber Kontrolle über die ungarischen Juden vor, die den Status von Gestapo-Häftlingen hatten, und richtete dafür in Wien ein eigenes „Außenkommando“ ein.³⁷

Ab Ende 1944 wurde ein Teil der „Austauschjuden“ wieder in Straßhof konzentriert und nach Bergen-Belsen und nach Theresienstadt verbracht, in einzelnen Lagern kam es zu Massenexekutionen in den letzten Tagen vor der Befreiung. Dennoch dürfte der überwiegende Teil der nach Straßhof deportierten Juden den Zeitpunkt des Kriegsendes überlebt haben.³⁸

Ganz anders verhielt es sich mit einer weiteren Gruppe ungarischer Juden, die im Herbst 1944 auf österreichisches Gebiet gelangten. Im Oktober 1944 willigte die ungarische Regierung der Deportation von bis zu 50.000³⁹ in Budapest verbliebener Juden, Männern wie Frauen, zum Bau von Reichsschutzstellungen entlang der ungarisch-reichsdeutschen Grenze im Gebiet von Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark ein. Der Arbeitseinsatz erfolgte unter Verantwortung der jeweiligen Gauleitungen, die ungarischen Juden galten als „Schutzhäftlinge“ der Gestapo. KZ-ähnliche Bedingungen, gekennzeichnet von schwersten Schanzarbeiten, brutaler Behandlung, mangelnder materieller Ausstattung, Unterkunft und Ernährung und daraus resultierenden Seuchenkrankheiten, führten zu einem Massensterben unter den ungarischen Juden.⁴⁰ Die Lager am Südostwallbau wurden Ende März 1945 vor der herannahenden Roten Armee evakuiert. Zielort der Evakuierungstransporte war das KZ Mauthausen. In einigen Lagern wurden die kranken und als marschunfähig angesehenen Juden vor dem Abmarsch erschossen, in anderen Lagern einfach zurückgelassen. Die Fußmärsche sind in der kollektiven Erinnerung der überlebenden Opfer als Todesmärsche überliefert. Auf direktem Weg oder über das KZ Mauthausen

³⁶ Eine kleinere Anzahl ungarischer Juden wurde allerdings bereits aus den Deportationszügen nach Auschwitz während eines Zwischenstopps in Ostösterreich rekrutiert. Lappin-Eppel (Anm. 35), S. 221.

³⁷ Szita, Verschleppt (Anm. 35), S. 128-168; Lappin-Eppel (Anm. 35), S. 218-247.

³⁸ Szita, Verschleppt (Anm. 35), S. 235; Wenck (Anm. 35), S. 335.

³⁹ Die Zahlenangaben schwanken zwischen 35.000 und 50.000.

⁴⁰ Szita, Verschleppt (Anm. 35), S. 106, 201; Freund/Perz, Zahlenentwicklung (Anm. 26), S. 182ff.

gelangten zwischen 17.000 bis 20.000 Personen ins Lager Gunskirchen in Oberösterreich, etwa 15.000 Personen beiderlei Geschlechts wurden noch lebend befreit.⁴¹

Zum Umgang mit dem Thema Zwangsarbeit in Österreich nach 1945

Die Zweite Republik sah sich durch ihre Positionierung als Opfer NS-Deutschlands nicht in der Verantwortung für die auf österreichischem Gebiet zwangsweise eingesetzten zivilen ausländischen Arbeitskräfte, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlinge und ungarischen Juden. Daher verweigerte die Republik in den Nachkriegsjahrzehnten jede Form von Entschädigungszahlungen an die Betroffenen.

Viele der Firmen, die mit ausländischen ZivilarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen aufgebaut wurden oder gearbeitet hatten, wurden nach dem Krieg als „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmt und verstaatlicht. Diese verstaatlichte Industrie wies ebenso wie private Firmen mit dem Wissen um die Rechtsposition der Republik jegliche Verantwortung und jedes Ansuchen um Entschädigung zurück. Man sah sich nicht als zuständig an und berief sich darüber hinaus auf eine Zuweisung der Arbeitskräfte durch die NS-Behörden.

Folglich wurden keine Fragen nach Kontinuitäten, Brüchen oder nach Auswirkungen der nationalsozialistischen Zwangsarbeitspolitik gestellt: weder hinsichtlich des Fortlebens von Stereotypen bzw. Folgen der Erfahrung einer rassistischen hierarchisierten Gesellschaft noch hinsichtlich der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Boom der Nachkriegszeit und der nationalsozialistischen Arbeitskräftepolitik gab. Der Wiederaufbau wurde vor allem den Effekten der amerikanischen Wirtschaftshilfe zugeschrieben.

Eine intensivere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema Zwangsarbeit setzte, nicht zuletzt angestoßen durch einschlägige bundesdeutsche Publikationen wie von Ulrich Herbert und Christian Streit, in den 1980er Jahren ein, blieb aber gesellschaftspolitisch in Bezug auf Entschädigungen zunächst folgenlos.⁴² Erst um die Jahrtausendwende setzte mit den drohenden internationalen Sammelklagen eine Debatte auch über Entschädigung für Zwangsarbeit ein. Das Thema wurde Teil der Aufgabenstellung der 1998 von der Republik Österreich eingesetzten Historikerkommission⁴³ und führte in der Folge zur Errichtung des Österreichischen Versöhnungsfonds

⁴¹ Szita, Verschleppt (Anm. 35), S. 225ff.; Michael Achenbach, Dieter Szorger, Der Einsatz ungarischer Juden am Südostwall im Abschnitt Niederdonau 1944/45, unveröff. Diplomarbeit Universität Wien 1996, S. 181ff.; Kurt Tweraser, Sie sind da, wir sind frei! Vive l'Americansky! Anmerkungen zur Befreiung der Konzentrationslager in Oberdonau durch amerikanische Soldaten, in: DÖW-Jahrbuch 1997, Wien 1997, S. 89-110; generell zu den Evakuierungen Daniel Blatman, Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 384-393; Alexander Prenninger, Das letzte Lager. Evakuierungstransporte in der Endphase des KZ-Komplexes Mauthausen, Dissertation Universität Wien 2017

⁴² Siehe zum Forschungsstand bis 1990 Freund/Perz, Fremdarbeiter (Anm. 8), S. 338-342.

⁴³ Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer, Alice Teichova, Schlussbericht der Historikerkommission

analog zur deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), über den nach der Jahrtausendwende erstmals Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter geleistet wurden.⁴⁴

der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Zusammenfassungen und Einschätzungen (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 1), Wien/München 2003.

⁴⁴ Hubert Feichtlbauer, Zwangsarbeit in Österreich 1938–1945: späte Anerkennung, Geschichte, Schicksale Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit, hg. v. Österreichischen Versöhnungsfonds, Wien 2005.